

Schneider-Ammann wollte Jobs sichern

Hintergründe zum umstrittenen Jersey-Steuerkonstrukt

VON HENRY HABEGGER

Margret Kiener Nellen (SP/BE), eine der schärfsten Kritikerinnen der Offshore-Finanzplätze, sagt: «Eigentlich muss man Johann Schneider-Ammann merci sagen. Sein Fall zeigt auf, wie es läuft. Eine ganze Industrie von Treuhändern und Banken fördert genau solche Steuerparadies-Konstrukte seit Jahrzehnten aus der Schweiz heraus.»

Bis zu 263 Millionen Franken hatte der Langenthaler Maschinenbau-Konzern Ammann zwischen 1996 und 2009 im Steuerparadies Jersey gebunkert. In der Jerfin Limited, einer Briefkastenfirma auf der britischen Kanalinsel. Das enthüllte diese Woche die Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens.

Schneider-Ammann, 2010 in den Bundesrat gewählt, war als Firmenchef federführend beim Jersey-Konstrukt. Just der Wirtschaftsminister, der als vorbildlicher Unternehmer und Patron galt.

1972 wurde in Basel die Ugasa AG gegründet, die später die Aktien der Jerfin hielt. Zweck der Ugasa war das Verwalten von Beteiligungen und Vermögenswerten für die Familie Ammann-Schellenberg. 1998 wurde Ugasa in Ammann Group Holding umbenannt, als Zweck ausdrücklich erwähnt wurde die «langfristige Sicherstellung des Fortbestandes der Unternehmen der Ammann-Gruppe» sowie «auf direkte und indirekte Weise der Erhalt der Arbeitsplätze in Langenthal». Aus den Unterlagen im Handelsregister geht auch hervor, dass sich das Familienunternehmen so gegen feindliche Übernahmen und die Stilllegung des Schweizer Standorts wappnen wollte.

KENNER DER AMMANN-GRUPPE sagen, dass der teure Standort Langenthal im teuren Kanton Bern rein betriebswirtschaftlich betrachtet wenig Sinn mache. Aber Schneider und die Ammanns set-

zen alles daran, dort zu bleiben. Alles? Sie lagerten dafür offenbar sogar die Firmenkasse nach Jersey aus.

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi sagt zu Schneider-Ammanns Konstrukt: «Dass er seine Finanzierungstätigkeit dort zentralisierte, wo die Steuern nicht am höchsten waren, das macht Sinn, das kann man ihm nicht vorwerfen.»

2009 holte die Ammann-Gruppe das Geld in den Kanton Bern zurück, in eine Domizilgesellschaft, die ebenfalls steuerlich privilegiert wird.

DIE BERNER STEUERVERWALTUNG schaut das Ammann-Steuerdossier jetzt nochmals genauer an. Ein Problem ist, dass die Steuerbeamten keinen Zugriff auf Daten in Steueroasen wie Jersey haben. Das kann das Bundesparlament im Herbst ändern: Der Bundesrat legt ein Steuerinformationsabkommen mit den Kanalinseln zur Genehmigung vor. SP-Finanzpolitikerin Kiener Nellen legt jetzt einen Zacken zu: «Ich werde eine zehnjährige Rückwirkung dieses Abkommens verlangen. Dann können die Steuerbehörden in Fällen wie diesem mit Rechts- und Amtshilfe auf den Grund gehen.»

Falls das Abkommen überhaupt durchs Parlament kommt. BDP-Chef Martin Landolt will zustimmen: «Gerade mit klassischen Offshore-Plätzen sind solche Abkommen wichtig und leisten einen Beitrag zur steuerlichen Konformität.» Skeptischer ist Thomas Aeschi: «Die Frage ist: Wem helfen die Abkommen? Betroffen wären Firmen, die Geld in der Schweiz anlegen, aber über eine auf den Kanalinseln domizilierte juristische Person verwalten. Und es wäre zu befürchten, dass es zu Geldabflüssen aus der Schweiz nach England oder anderen Standorten käme.» Aber auch Aeschi räumt ein: «Im Steuerwesen ist seit einigen Jahren ein Umdenken im Gang.»